

624/AE XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Wabl, Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde
betreffend Friedensprozeß in Zypern durch Demilitarisierung

Zypern ist nach wie vor geteilt. Die Regierung der Republik Zypern verfolgt eine Außenpolitik, die auf die Wiederherstellung der Einheit und die Unverletzlichkeit der Republik Zypern als bi-kommunaler und bi-zonaler Bundesstaat gerichtet ist. Die türkische Republik Nordzypern, die 1983 ausgerufen wurde, muß als Ergebnis der Nichtteilnahme der türkischen Volksgruppe an der 1963 ausgerufenen Verfassung angesehen werden. Mit dem Bemühen der Republik Zypern und der Türkei um einen Vollbeitritt zur Europäischen Union ergeben sich für die westeuropäische Staatengemeinschaft Handlungsspielräume für eine politische Lösung des Zypernproblems. Die Europäische Union wird unter anderem anhand ihrer Initiativen für Zypern in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit zu messen sein

Gleichzeitig ist eine besorgniserregende Fortsetzung der Spannungen und der Militarisierung der Insel zu bemerken. Im Norden des Landes sind nach wie vor 35.000 Mann türkischer Truppen stationiert. Aber auch die Republik Zypern hat ein Aufrüstungsprogramm aufgenommen.

Ein Aspekt der Verhandlungsbemühungen scheint für eine eigenständige österreichische Initiative geeignet. Eine Parlamentarierdelegation unter der Leitung des Nationalratspräsidenten Dr. Heinz Fischer am 3./4.Oktober d.3. erhielt vom Finanzminister der Republik Zypern, Christodoulos Christodoulou, einen Vorschlag seiner Regierung zur vollkommenen Demilitarisierung der Insel (s.Beilage). Dieser Vorschlag wurde jedoch von türkisch-zypriotischer Seite im Rahmen der Verhandlungen abgelehnt. Dieser Vorstoß ist nicht bloß als eine einseitige Initiative, sondern greift auf die Resolution des Sicherheitsrates der UNO (1117/1997) zurück, die besagt: 6." . . stresses the importance of eventual demilitarization of the Republic of Cyprus as an objective in the context of an overall comprehensive settlement..."

Die seit 1964 bestehende Teilnahme österreichischer Blauhelme an der friedenserhaltenden UN-Mission und die Erfahrungen Österreichs damit, statten eine außenpolitische Initiative der Republik in Richtung Demilitarisierung mit entsprechender Glaubwürdigkeit aus. Es sollte nun nach mehr als 30 Jahren Teilung des Landes und der Spannungen zwischen den Volksgruppen doch die Zeit gekommen sein von einem Waffenstillstand zu dauerhaften Frieden und Stabilität auf Zypern zu gelangen. Mit österreichischer Vermittlung könnte die gesamtzypriotische Demilitarisierungsinitiative neuen Schwung erhalten, verhärtete Fronten aufgeweicht und weitere Schritte auf dem Weg zu einer umfassenden politischen Lösung in Gang gesetzt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Außenminister wird dringend ersucht, eine diplomatische Initiative Österreichs zur Vermittlung zwischen der Republik Zypern und der türkischen Republik Nordzypern, für die Demilitarisierung der gesamten Insel zu ergreifen

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den aussenpolitischer Ausschuß vorgeschlagen.

The two leaders jointly declare the following:

- (a) They denounce the use of force as a means of solving the Cyprus problem. A solemn public declaration will be made to that effect.
- (b) They have agreed to work for a specific programme of reduction of foreign and local forces and equipment, as a preparatory step towards the final withdrawal of all forces and elements and demilitarization as provided for by the relevant United Nations resolutions.
- (c) They have agreed to negotiate a limitation of importation into the Island of military weapons and equipment, which will be implemented under the United Nations supervision.
- (d) They have agreed to negotiate the unmanning of military postings in close proximity to the unbanning of weapons along the ceasefire lines and the adoption of a code of conduct as described in the relevant UN Security Council resolutions.
- (e) Negotiations in respect of the above will take place in Cyprus in the presence of the Secretary-General's Deputy Special Representative. These negotiations are to begin and be completed without delay.
- (f) The two leaders have also agreed of the necessity to make arrangements of a humanitarian nature for the benefit of members of both communities and consider measures, which will lead to a better understanding between the two Communities.
- (g) To negotiate in a spirit of good will for an urgent solution of the Cyprus problem based on the principles of the United Nations Charter, the United Nations Resolutions and Decisions on Cyprus, the High Level Agreements of 1977 and 1979, as well as respect for democratic principles and the fundamental human rights.